

Bernhard Weiß, „Mehr Selbstbewußtsein“ (Juni 1932)

Kurzbeschreibung

Bernhard Weiß (1880-1951) stieg nach dem Ersten Weltkrieg im deutschen Polizeidienst auf und wurde 1927 Vizepräsident der Berliner Polizei – eine Pionierleistung, die zeigt, welche Möglichkeiten jüdischen Bürgern in der Weimarer Republik offen standen. Weiß' Erfolg machte ihn jedoch auch zu einer prominenten Zielscheibe antisemitischer Anfeindungen.

Die NSDAP griff Weiß mit besonderem Eifer an, nachdem er begonnen hatte, gegen sie wegen Anstiftung zur Gewalt auf der Straße und Untergrabung der Republik vorzugehen. Am 6. Mai 1927 verbot die Polizei auf Weisung von Weiß alle Aktivitäten der NSDAP im gesamten Bezirk Berlin-Brandenburg (ein Verbot, das erst elf Monate später, am 31. März 1928, wieder aufgehoben wurde). Die Beamten verhafteten fast 500 Parteimitglieder, führten umfangreiche Durchsuchungen durch und beschlagnahmten Waffen. Joseph Goebbels, der erst sechs Monate zuvor die Leitung des Berliner Parteibüros übernommen hatte, schlug zurück, indem er Weiß in der nationalsozialistischen Presse verunglimpfte, die ihn „Isidor“ nannte, um seine jüdische Herkunft zu betonen. Weiß leitete seinerseits Dutzende von erfolgreichen Verleumdungsklagen gegen Goebbels ein. Goebbels zahlte lediglich die verhängten Geldstrafen und fuhr fort, Weiß zu verleumden. Als sich die Weimarer Republik in den letzten sechs Monaten des Jahres 1932 immer mehr einer Diktatur näherte, entließen die Behörden Weiß fristlos aus seinem Amt. Seine Entlassung erfolgte unmittelbar nach dem antidemokratischen „Preußenschlag“ am 20. Juli 1932, nur sechs Wochen nach Erscheinen dieses Artikels. Im März 1933, etwas mehr als einen Monat nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten, floh Weiß nach Prag, um einer Verhaftung zu entgehen.

Bernhard Weiß schrieb diesen Aufruf im Juni 1932 als Warnung und Weckruf an seine Mitglieder des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.), in dessen Wochenzeitung Weiß' Artikel erschien. Der C.V. wurde 1893 gegründet und war Mitte der 1920er Jahre mit 60.000 Mitgliedern die größte Organisation in Deutschland, welche die Rechte der jüdischen Staatsbürger vertrat und verteidigte.

Weiß begann damit, dass er seine tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck brachte, dass die Partei von liberal gesinnten, die Demokratie unterstützenden Wählern aus der Mittelschicht kaum noch unterstützt wurde. Weiß bezog sich dabei auf die Deutsche Demokratische Partei (DDP), deren Gründungsmitglieder er und viele andere deutsche Juden aus dem Bürgertum gewesen waren. Die DDP hatte sich von Anfang an für die Verfassung und die Republik eingesetzt und bildete zusammen mit den Sozialdemokraten und der katholischen Zentrumspartei die so genannte „Weimarer Koalition“, welche die neue demokratische Ordnung verankerte. Die DDP hatte sich zudem energisch für die Rechte der deutschen Juden eingesetzt und als Wächterin gegen den zunehmenden Antisemitismus gewirkt. Nach einem Höhepunkt im Jahr 1919, als die DDP bemerkenswerte 18,6 % der Stimmen für die Nationalversammlung auf sich vereinigen konnte, ging ihre Unterstützung stetig zurück und erreichte 1928 nur noch 4,8 %. Kurz vor den Wahlen von 1930 – in einem Versuch, diesen Rückgang umzukehren – verband sich die DDP mit einer rechtsgerichteten Organisation zur deutlich weniger liberalen Deutschen Staatspartei (DStP). Dieser Schritt erwies sich jedoch als vergeblich, da die DStP im September 1930 nur 3,8 % der abgegebenen Stimmen erhielt. Weiß interpretierte den Niedergang der DDP als Vorzeichen für die Republik selbst.

Einige derjenigen, die einst für die DDP gestimmt hatten, begannen, so Weiß, ihre Stimme rechtsextremen Parteien zu geben, doch andere – darunter eine wachsende Zahl deutscher Juden – zogen sich ganz aus der Politik zurück. Sie zögerten, die republikanischen Werte von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit lautstark zu verteidigen, und einige kritisierten sogar deutsche Juden wie Weiß, die sich offen und lautstark für den Schutz der Republik einsetzten. An die letztgenannte Gruppe richtete

Weiß einen glühenden Appell und einige pointierte Kritik.

Weiß bezog sich in seinem Artikel auch auf seine Entscheidung, am 12. Mai 1932 mit einer Reihe von Polizeibeamten den Plenarsaal des Deutschen Reichstags zu betreten, um vier NS-Abgeordnete zu verhaften, die an diesem Tag den Journalisten Helmuth Klotz brutal angegriffen hatten, während Klotz mit dem SPD-Vorsitzenden Otto Wels im Reichstagsrestaurant speiste. Klotz, ein ehemaliges NSDAP-Mitglied, war von den Nazis zutiefst desillusioniert. Später fielen ihm einige private Briefe des hochrangigen NS-Funktionärs Ernst Röhm in die Hände, die Röhrs Homosexualität bestätigten. Klotz hatte diese in der SPD-Presse veröffentlicht, um die Nazis in Verlegenheit zu bringen, und die vier Mitglieder wollten es ihm heimzahlen.

Reichspräsident Paul Löbe hatte Weiß und der Polizei das Betreten des Plenarsaals gestattet, und obwohl die Verfassung den Reichstagsabgeordneten parlamentarische Immunität garantierte, sah sie eine ausdrückliche Ausnahme für Fälle vor, in denen die Abgeordneten auf frischer Tat ertappt wurden, in diesem Fall bei einer Körperverletzung. In einem beschleunigten Gerichtsverfahren wurden die vier NS-Abgeordneten am 14. Mai 1932 zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt, womit die Entscheidung der Polizei, ihre Verhaftung durchzuführen, bestätigt wurde.

Quelle

Mehr Selbstbewußtsein

Von Polizeipräsident Dr. Weiß, Berlin

Die letzten Parlamentswahlen haben es auch dem Mindesten vor Augen geführt: das sogenannte „freiheitliche Bürgertum“ ist in Deutschland bis auf kümmerliche Reste von der politischen Bildfläche verschwunden. Und wenn man sich fragt, wo jene bürgerlichen Freiheitsapostel, die einst stolz und begeistert der Fahne bürgerlicher und politischer Freiheit folgten, jetzt eigentlich geblieben sind, dann wird man schnell die Antwort wissen: Der eine Teil hat seine einstige Überzeugung der Freiheit und der Demokratie abgeschworen, ist ins Lager des Faschismus abgeschwenkt; und der andere Teil ist „unpolitisch“ geworden, d.h. er hält sich vorsichtig, mutlos von dem politischen Geschehen der Gegenwart fern, versteckt sich, weil er die Zeit nicht für „opportun“ hält, um seine politische – antifaschistische, liberale – Grundgesinnung zu offenbaren.

Für uns Juden liegen die Folgen dieser politischen Entwicklung klar zutage. Das freiheitliche Bürgertum, das früher im Kampf gegen den Antisemitismus in vorderster Linie stand, ist zu einem Teil dem Antisemitismus verfallen, und zum anderen Teil wagt es nicht mehr, seine Stimme gegen Unduldsamkeit, Antisemitismus zu erheben, sein politisches Rückgrat ist gebrochen, fast widerstandslos hat es das politische Kampffeld dem Gegner überlassen.

Und wie verhalten sich die deutschen Juden, die doch in ihrer überwiegenden Mehrheit, sozial und politisch gesehen, jenem „freiheitlichen Bürgertum“ angehörten?

Dem Faschismus, der ja seiner deutschen Spielart ausgesprochen antisemitischen Charakter trägt, konnten sie sich natürlich nicht in die Arme werfen. Leider aber ist festzustellen, daß ein gewisser Teil der deutschen Juden sich jener zweitgeschilderten Kategorie des freiheitlichen Bürgertums angeschlossen hat; d.h., daß er mutlos vom politischen Schauplatz abgetreten ist und es ablehnt, in selbstbewußter Abwehr, geschweige denn in Angriffsfreudigkeit den Kampf für das Gedankengut der Gleichberechtigung und gegen den zersetzenden Antisemitengeist der Unduldsamkeit zu führen. Gewiß – es mag wohl zahlenmäßig nur ein geringer Teil jüdischer Staatsbürger sein, der sich dem politischen Defaitismus der Gegenwart ergeben hat, und der Mangel an Selbstbewußtsein und Kampfeswillen darf keineswegs als spezifisch jüdische Untugend gekennzeichnet werden; das deutsche Bürgertum in seiner

Gesamtheit ist politisch zermürbt und hat in schwächlichem Kleinmut seine alten Ideale preisgegeben. Trotzdem aber haben wir aufrechten Juden, denen alle Not der Zeit und aller Druck politischer Gegnerschaft niemals den uns angeborenen Optimismus und unser stolzes Selbstbewußtsein rauben werden, das Recht, ja – wie ich glaube – die Pflicht, jenem kleinmütigen Teil unserer Glaubensgenossen das Unheilvolle ihres politischen Verhaltens vor Augen zu führen. Wenn wir deutschen Juden im Kampf um unsere Selbsterhaltung kraftlos die Waffen strecken, wenn wir geneigt sind, dem Antisemitengegner auch nur die geringsten Konzessionen zu machen, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn es mit der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der deutschen Juden bald vorbei sein wird.

In meiner polizeilichen Diensttätigkeit habe ich jüngst einen Fall erlebt, der klarer als langatmige theoretische Erörterungen dem Leser zeigen dürfte, wie in einzelnen jüdischen Köpfen jedes Gefühl für Selbstbewusstsein erstickt zu sein scheint, wie politische Leisetreterei, besser gesagt: politische Würdelosigkeit, bei gewissen Juden zu beobachten ist.

Am 12. Mai war ich als geschäftsführender Polizeipräsident von Berlin (Polizeipräsident Grzesinski befand sich auf Urlaub) genötigt, im Deutschen Reichstag eine Polizeiaktion gegen nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete zu leiten. Wie erklärlich, waren die nationalsozialistische Öffentlichkeit und ihr antisemitischer Anhang wenig erfreut darüber, daß ein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens jene Zwangsaktion durchführte. Von Partei und Weltanschauung wegen bekämpfen die Nationalsozialisten jede „jüdische Beeinflussung des Staatsapparates“, sie wollen deutsche Juden in der Staatsverwaltung überhaupt keine Ämter eingeräumt wissen und empfinden es daher als ein besonders kränkendes Zeichen ihrer politischen Ohnmacht, wenn ein Staatsbürger jüdischen Glaubens an der Spitze der Polizei steht und in dieser Eigenschaft den Staatswillen gegenüber widerstrebenden Nationalsozialisten zur Geltung bringt. Ich habe infolgedessen volles Verständnis dafür, wenn Amtsmaßnahmen, die ich gegen Nationalsozialisten treffe, zu Kundgebungen des Missfallens im Lager der grundsätzlichen Judengegner führen. Und ich nehme ihnen ihre „Gegenaktionen“ – gleichviel, ob sie in geistvollen „Isidor“-Rufen, in der Übersendung lieblicher Schmä- und Drohbrieфе oder in gehässigen Zeitungspolemiken bestehen – nicht im mindesten übel. Jene Gegenaktionen, so geschmacklos sie auch im Einzelfall sein mögen, sind Äußerungen politischer Gegnerschaft, mit denen die Herren Nationalsozialisten es sich andererseits gefallen lassen müssen, daß ich ihnen – wie allen Staatsbürgern – gegenüber meine Amtspflicht auf dem mir übertragenen Posten erfülle, gleichviel, ob dem Gegner meine Rasse und meine Person gefällt oder nicht. Nicht das mindeste Verständnis aber vermag ich dafür aufzubringen, wenn nach jener Polizeiaktion im Deutschen Reichstag auch gewisse deutsche Juden mich wegen der Leitung dieser Polizeiaktion angreifen und die Ansicht vertreten: gerade weil ich Jude sei, hätte ich mich von jener Aktion gegen die Nationalsozialisten fernhalten müssen... Tatsächlich sind einzelne solcher Stimmen im jüdischen Lager laut geworden. So gab mir der dem Judentum angehörige Redakteur einer Berliner Zeitung, die bisher als demokratisch galt und nach dem Vorgehen im Reichstag in unmißverständlichen Worten meine Absetzung gefordert hatte, auch mein Befragen unumwunden zu: als Jude hätte ich die Polizeiaktion im Reichstag nicht durchführen dürfen. Und jener Herr erging sich mir gegenüber dann weiter in den Worten: „In Zeiten wie den jetzigen muß ein Jude alles vermeiden, was ihn in Kollision mit den Nationalsozialisten bringen kann.“ (Ich zitiere Wort für Wort, wie ich es mir während der telephonischen Unterhaltung aufgeschrieben habe.) Was ich jenem Herrn zur Antwort gab, will ich an dieser Stelle nur zum Teil wiedergeben. Ich sagte dem Herrn, daß es für mich mit einer Auffassung, wie er sie mir gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, kein Paktieren, keine Verständigung gäbe.

Ich glaube, jeder Leser wird für das Typische dieses Einzelfalles Verständnis haben. Die Auffassung des erwähnten Redakteurs folgerichtig zu Ende gedacht, muß alle Errungenschaft der schwer erkämpften Juden-Emanzipation zunichte machen, führt letzten Endes in ein politisches

Ghetto zurück. Jahrhundertlang haben die besten Deutschen – Christen wie Juden – dafür gekämpft, daß den deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens die staatsbürgerliche Gleichberechtigung zuteil werde, daß ihnen alle Berufe, alle Staatsstellen wie jedem anderen Staatsbürger geöffnet würden. Das Ziel ist zum wesentlichen Teil erreicht. Mir selbst war es (schon vor der Staatsumwälzung) gegeben, als erster Jude in die bis dahin judenreine preußische Verwaltung Eingang zu finden; nicht aus eigener Initiative, sondern gerufen vom letzten „königlichen“ Innenminister, trat ich in die Berliner Polizeiverwaltung ein. Das Vertrauen meiner Vorgesetzten berief mich zu den verschiedensten Stellungen innerhalb der Polizei. Mehr als vier Jahre (1920 bis 1924) war ich als spezieller Leiter der sogenannten politischen Polizei tätig und traf hier wiederholt die einschneidendsten Maßnahmen gegen rechtsradikale Antisemitengruppen. Damals fand sich niemals ein Jude, geschweige denn eine demokratische Zeitung, die den Standpunkt vertrat: weil ich Jude sei, dürfe ich solche Maßnahmen nicht treffen. Jetzt aber – im Jahre 1932 –, da heißt es plötzlich: der Jude muß sich zurückhalten. Machen die Vertreter solcher schwächlichen Auffassung sich denn nicht klar, daß ihr Gedankengang letzten Endes im Argumenten-Arsenal des Antisemitismus endet?... Ein in Beamtenstellung stehender Jude darf nach dieser Auffassung also die Pflichten seines Amtes nicht erfüllen, wenn er sich hierbei im Einzelfalle gegen grundsätzliche Judengegner wenden muß. Die natürliche Folge: kein Jude darf eine Staatsstellung bekleiden, die ihn in „Kollisionen“ mit Judengegnern führen könnte; mit anderen Worten: kein Jude darf Verwaltungsbeamter, darf Richter oder ein ähnliches Organ des Staatswillens werden. Gibt es aber auf dieser politischen Linie überhaupt ein Halten? Haben die Judengegner nicht durchaus recht, wenn sie in folgerichtiger Durchführung ihres judenfeindlichen Standpunktes dann auch andere Berufe für die Juden sperren wollen? Jenen Zeitungsredakteur, von dem ich vorher sprach, darf ich freundlichst auf § 23 der Grundforderungen des nationalsozialistischen Parteiprogramms hinweisen. Dort heißt es: „Sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, müssen Volksgenossen sein.“ Wenn es dem genannten Redakteur daher nicht recht ist, daß ich künftighin als Polizeichef meines Amtes walte, und wenn der in seiner Zeitung gegen mich gerichtete Angriff natürlich den jubelnden Beifall der antisemitischen Presse gefunden hat, so darf er sich über eines nicht hinwegtäuschen: wenn das nationalsozialistische Programm einst verwirklicht werden sollte, dann wird nicht nur der Polizeipräsident Weiß von seinem Posten verschwinden, sondern er, der deutsche Zeitungsredakteur jüdischen Glaubens, wird sich nicht minder nach einem neuen Beruf umsehen müssen.

Ich komme zum Schluß. Die Zeiten sehen für uns Juden gewiß nicht rosig aus. Eine Welle des Antisemitismus hat sich über unser deutsches Vaterland ergossen, von der wohl kein einziger Jude verschont bleibt. Nichts Unwürdigeres und Erbärmlicheres aber gibt es in solcher Lage, als schwächlich und mutlos den Kampf aufzugeben, uns judengegnerische Argumente des Gegners auch nur im Kompromißwege zu eigen zu machen und hiermit dem Gegner freie Bahn zu schaffen zur Verwirklichung seiner letzten Forderungen. Je mehr man uns angreift, desto lebendiger und kraftvoller wollen wir aufrechten, selbstbewußten deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens uns zur Wehr setzen, vor allem aber – allen Gegnern zum Trotze – sachlich und unerschrocken für das Wohl der Volksgesamtheit unsere Pflicht erfüllen, jeder an dem Platze, an den das Schicksal ihn gestellt hat.

Quelle: Bernhard Weiß, „Mehr Selbstbewußtsein“, *C.V.-Zeitung*, Central Verein Zeitung: Blätter für Deutschtum und Judentum; Organ des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, e.V., Band. 11, Nr. 23, Jun 3, 1932, Titelseite und S. 234. Online verfügbar unter: <https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/cm/periodical/titleinfo/2277962>

Empfohlene Zitation: Bernhard Weiß, „Mehr Selbstbewußtsein“ (Juni 1932), veröffentlicht in:
German History in Documents and Images,
<<https://germanhistorydocs.org/de/die-weimarer-republik-1918-1933/ghdi:document-5417>>
[16.03.2026].